Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 02.08.2018, S.16

Herbert Pape vor dem Schacht Fürstenhall am Ahrberger Ortsrand. Der Ortsbürgermeister spricht sich klar für den Neustart des Kaliabbaus aus. FOTO: ABU AJAMIEH

Ahrbergens Ortsbürgermeister wirbt für Kali-Neustart

Pape sieht Vorteile für die gesamte Region und hofft, dass das langwierige Genehmigungsverfahren den Konzern nicht abschreckt

Von Tarek Abu Ajamieh

Ahrbergen/Sarstedt. Mit klaren Positionen zum möglichen Neustart des Kaliabbaus bei Giesen haben sich Kommunalpolitiker aus den betroffenen Gemeinden bislang zurückgehalten. Jetzt macht der Bürgermeister jenes Dorfes, in dem die engagiertesten Kritiker des Vorhabens wohnen, seine Haltung deutlich:

Ahrbergens Ortsbürgermeister Herbert Pape (SPD) spricht sich klar für die Wiederinbetriebnahme aus. Und warnt davor, durch Verzögerungen bei der Genehmigung den Düngemittel-Konzern Kali + Salz als Betreiber des Bergwerks zwischen Giesen und Ahrbergen zu vergrätzen. Papes Äußerungen kommen pünktlich zur nächsten Sitzung des Umweltausschusses des Hildesheimer Kreistages, in der das Thema heute einmal mehr erörtert wird.

„Die Realisierung des Projektes würde eine enorme Wertschätzung für die gesamte Region und insbesondere für die Gemeinde Giesen mit der Ortschaft Ahrbergen mit sich bringen", betont Pape. Er erinnert auch an die Prognosen von Investitionen in Höhe von mehr als 500 Millionen Euro und bis zu 900 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Davon könne jeder einzelne Bürger profitieren, betont der Ortsbürgermeister: „Grundsteuer-Erhöhungen, die sowohl Eigentümer als auch Mieter belasten, könnten zumindest in Grenzen gehalten werden." Und zwar aufgrund steigender Gewerbesteuer-Einnahmen, die zudem dazu führen könnten, dass die Kommunen „überall dringend notwendige Investitionen leichter finanzieren können". Seine Schlussfolgerung: „Das Vorhaben ist im Interesse des Gemeinwohls."

Pape bedauert, dass das Genehmigungsverfahren „erheblich ins Stocken geraten" sei. Dies liege am Landkreis Hildesheim. Denn nur dessen Einvernehmen zur Genehmigung der Salzwasser-Einleitung fehle noch. „Obwohl die Unterlagen dazu bereits seit zwei Jahren vorliegen, ist eine Erledigung noch nicht in Sicht", klagt er.

Eine Kritik an der Kreistagsmehrheit von SPD und CDU, die die Entscheidung über die Einleitungs-Erlaubnis an sich gezogen hat und nun auch durchgesetzt hat, eine Fachanwalts-Kanzlei mit einem Gutachten zu beauftragen. „Trotz umfassender Informationen und der Befassung in vielen Sitzungen" habe sich der Kreistag bisher nicht zu einer Entscheidung in der Lage gesehen – obwohl die Fachleute in der Kreisverwaltung positive Stellungnahmen geliefert hätten.

Pape wirft die Frage auf, ob es „das Ziel der Verzögerer" sei, dass K+S das Interesse an Giesen verlieren würde. Und warnt: „Es wäre fatal, wenn so eine einmalige Entwicklungschance einer ganzen Region aufs Spiel gesetzt würde."